

Antrag von Kristian Kröger,
29.10.2010

Unwillensbekundung zur Raumsituation

Der studentische Rat möge beschliessen:

Wir möchten hiermit unseren *ausdrücklichen Unwillen zur weiteren Hinnahme der Raumsituation* bekunden! Wir sehen uns in unserem Recht auf studentische Selbstverwaltung nach § 20 – 1 NHG durch die derzeitige Raumsituation eingeschränkt, und fordern die Universität zur Bereitstellung von mehr Räumlichkeiten in Campusnähe auf. Wir fordern zudem ein mehr an Räumen und ausdrücklich keinen Verdrängungswettbewerb!

Begründung:

Die Raumsituation an der Universität ist desolat. Sowohl Lehrveranstaltungen als auch studentische Frei- und Lehrräume sind oftmals überfüllt, KommilitonInnen drängeln sich um Plätze in den Fensterbänken und auf dem Boden, Sauerstoffarmut prägt das Studium oft mehr als Lehrinhalte und studentisches Engagement wird durch permanente Gängelung in der Raumfrage behindert. Sitzplätze sehen manche KommilitonInnen semesterlang ausschließlich im öffentlichen Nahverkehr.

Demokratische Gremien können nicht arbeiten, wenn sie zu Tagungen nachts bei Schneeregen und Graupelschauern auf dem Parkplatz gezwungen sind, geschweige denn Gruppenfindung zwecks Konstituierung inaktiver Gremien betreiben – und derart inaktive Gremien gibt es bereits jetzt zu Hauf.

Die Räumlichkeiten des AStA sind rund um die Uhr ausgelastet, und sogar die psychologisch-therapeutische Beratung führt derzeit bereits gruppentherapeutische Gespräche im Sitzungszimmer des AStA durch.

Selbst der Studentische Rat sowie die Vollversammlung der Studierenden als höchste beschlussfassende studentische Gremien leiden unter der Raumnot und können nur unter erschwerten Umständen tagen.

Studentische Initiativen gehen bereits jetzt schon dazu über, sich gegenseitig zu behindern und in eine Rezessionsspirale zu drücken.

Die vom Präsidium angedachte Ausrottung autonomer studentischer Initiativen wie bspw. dem Elchkeller im Gebäude Schneiderberg 50 verurteilen wir. Eine Universität in demokratischer Verantwortung muss jede Form von Initiative fördern, in der den Studierenden mittels der Selbstverwaltung das Verantwortungsbewusstsein für die Gesellschaft vermittelt wird. Das Ausspielen von verschiedenen Gruppen gegeneinander verurteilen wir als autokratischen Akt, als *divide et impere*. Wir erklären uns solidarisch mit den Betroffenen!

Wir möchten aber auch keine Universität, die das Studium Generalis bereits aus geographischen Gründen verhindert, indem sie den Campus über die Stadtgrenze hinaus auslagert. Auch wenn wir den Wegfall der Räumlichkeiten in der Bismarckstraße bedauern, begrüßen wir die Zentralisierung im Bereich Calenberger Neustand, Nordstadt und Herrenhausen. Wir sprechen uns hiermit gegen einen Außenstandort oder gar eine zukünftige TU Garbsen aus!

Da zudem mit dem Aussetzen der Wehrpflicht und dem doppeltem Abiturjahrgang die Situation auf eine verstärkte Eskalation zusteuert, möchten wir bereits jetzt unseren ausdrücklichen Unwillen bekunden, diese Situation weiter hinzunehmen.

Wir fordern die Universität und das Land Niedersachsen als deren Träger auf, sich ihrer Verantwortung in der Raumsituation dieser Universität zu stellen! Wir tun hiermit unseren **ausdrücklichen Unwillen** zur weiteren Hinnahme kund!